

# Metallarbeiter-Zeitung

## Organ für die Interessen der Metallarbeiter

### Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherr.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Wöhrstraße 16a par.  
Telephonruf: Nr. 8800.

Abdruckgebühren pro sechsgepaltene Kolonelleile:  
Reklamemittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.  
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **525000** EXEMPLAREN

er. heint diese Ztg.

### Vor der Entscheidung.

#### 4. Die unfruchtbare Sozialpolitik.

Als die Wahlen von 1907 vorbei waren und die Arbeitervertretung im Reichstag eine empfindliche Schwächung erlitten hatte, wurde vom Reichskanzler Bülow und von verschiedenen bürgerlichen Abgeordneten die Lösung ausgegeben: „Nun erst recht Sozialpolitik!“ Der Teil der Arbeiterschaft, der durch die Wahlmacht sich hatte irreführen lassen, sollte scheinbar belohnt, der Sozialdemokratie sollten die Arbeitermassen entzogen werden. Mit dieser Taktik wurde offen zugegeben, daß der Regierung und den bürgerlichen Parteien die Sozialpolitik nicht Selbstzweck ist, sondern nur Mittel zum Zweck. Die Arbeiterschaft soll durch schwächliche Maßregeln beruhigt und an den Karren der rückschrittlichen Parteien gespannt werden. Die Angst vor dem Wachstum der Sozialdemokratie ist die Triebfeder der sozialen Gesetzgebung. In einem unbewachten Augenblick hat einmal der erste Reichskanzler Fürst Bismarck offen bekannt, daß nicht die Liebe zur Arbeiterschaft die Sozialreform geschaffen hat. Bismarck erklärte am 26. November 1884 im Reichstag: „Wenn es keine Sozialdemokraten gäbe und wenn nicht eine Menge sich vor ihnen fürchtete, würden die mäßigen Fortschritte, die wir überhaupt in der Sozialreform bisher gemacht haben, auch noch nicht existieren.“

Dies Wort ist heute noch wahr. Die Mehrheit des Reichstags steht mit der Regierung auf der Seite der Unternehmer, deren Interessen in Sachen des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung oft mit den Interessen der Arbeiter sich kreuzen. Zu derselben Zeit, da den Arbeitern von der Reichstagsmajorität aus große sozialpolitische Versprechungen gemacht wurden, tadelten die Minister aufs herzynigste mit den Herren vom Zentralverband deutscher Industrieller, wogegen sie bekanntlich den Einladungen zu den Gewerkschaftskongressen nicht Folge leisteten. Auf einer Tagung des Zentralverbandes der Industriellen im Frühjahr 1907 sprach es einer der ersten Scharfmacher, Herr Kirsdorf, ungeniert aus, daß „unter der Herrschaft des jetzigen Reichstagswahlrechts die einzige Hilfe für die Industrie nur bei der Staatsregierung zu erhoffen sei. Ein Herrenstandpunkt müsse eingenommen werden, und wenn die Industrie gegen unfruchtliche Angriffe wieder zur Abwehr rufen müsse, möge die Hilfe der Regierung nicht versagen.“

In dieser Hoffnung wurden die Scharfmacher nicht getäuscht. Die engen Beziehungen der Regierung zur Scharfmacherclique drücken der sozialen Gesetzgebung den Stempel auf.

Wenn es nur auf die Menge des bedruckten Papiers ankäme, so hätte der letzte Reichstag in der Sozialpolitik schon einiges geleistet. Die Reichsversicherungsordnung ist allein ein dicker Band vom Umfang des bürgerlichen Gesetzbuchs. Was aber von diesem Werk zu halten ist, wie höchst unzulänglich die Vereinheitlichung und der Ausbau der einzelnen Versicherungszweige ausgefallen, wie armelig die Alters- und Invalidenrente nach wie vor bemessen ist, wie erbarmungswürdig dürftig die Witwen- und Waisenversorgung gestaltet wurde, wie die gegen Unfall versicherten Arbeiter von der Verwaltung der Berufsgenossenschaften ausgeschlossen bleiben, wie in der Krankenversicherung das Selbstverwaltungsrecht, das sich zum Segen der versicherten Arbeiter bewährt hat, zerstückelt worden ist, das alles wurde erst vor wenigen Wochen an dieser Stelle des näheren dargelegt. Bei der Privatbeamtenversicherung, die zum Schluß noch im Galopp durchgeführt wurde, blieben grundlegend und durchaus berechtigte Forderungen der Angestellten vollständig unberücksichtigt. Das Hausarbeitsgesetz wurde von einem linksliberalen Abgeordneten mit vollem Recht als „weiße Salbe“ bezeichnet, solange die wichtigen Lohnämter darin fehlen, was aber auch die große Mehrheit der „Fortgeschrittenen“ nicht abhielt, gemeinsam mit den Nationalliberalen, dem Zentrum und den Konservativen die von den Sozialdemokraten beantragten Lohnämter abzulehnen.

Eine große Enttäuschung wurde der Arbeiterschaft wieder bereitet mit dem Arbeiterkammergesetzentwurf. Die Geschichte des Kampfes um die Arbeiterkammern ist typisch für unsere sozialpolitische Entwicklung. Seit Mitte der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts fordert die Sozialdemokratie im Reichstag beständig durch genau ausgearbeitete Gesetzentwürfe die Schaffung von Arbeiterkammern, von Arbeitsämtern für größere Bezirke und eines Reichsarbeitsamtes. Viele Jahre hindurch sind diese Anträge von den bürgerlichen Parteien nicht ernst genommen worden; als utopisch, als unausführbar wurden sie bezeichnet, obgleich in anderen Staaten ähnliche Einrichtungen geschaffen wurden und sich bewährt haben. Da schlug im Jahre 1890 plötzlich in den obersten Regionen der Wind um. Vor den Reichstagswahlen in jenem Jahr erschienen die sozialpolitischen Februarerlasse, in denen den deutschen Arbeitern mit aller Bestimmtheit Arbeiterkammern in nahe Aussicht gestellt wurden. Nachdem während der zwölfjährigen Periode des Ausnahmegesetzes die Reichsregierung über den Arbeitern geschwungen worden war, versuchte man es jetzt wieder einmal mit dem Zuckerbrot. Die Arbeiter ließen sich jedoch nicht von ihrem geraden Wege abbringen, und darum nahm man es, als die Wahlen vorbei waren, mit dem Versprechen, das der kaiserliche Erlass enthielt, nicht sehr eilig. Es vergingen Jahre, in denen

von den Arbeitskammern überhaupt nicht mehr die Rede war. Auf Interpellationen, mit denen im Reichstag nach dem Stande der Sache gefragt wurde, antwortete die Regierung mit Ranzletztröpfen. Es waren zehn Jahre verfloßen und es war nichts geschehen. Als dann in einigen Landtagen die Sozialdemokraten die Errichtung von Arbeiterkammern auf landesgesetzlicher Grundlage beantragten, versteckten sich die Landesregierungen mit den Vertretern der bürgerlichen Parteien hinter der Reichsregierung, die vorangehen müsse. Diese aber währte sich nicht, bis endlich das Jahr 1908 herankam. Jetzt wurde vom Bundesrat ein Arbeiterkammergesetz im Reichstag eingebracht, das einer der sozialpolitischen Neufundartikel des Reichstags mit geschwächter sozialdemokratischer Vertretung werden sollte. Ein trauriges Schicksal war diesem Entwurf beschieden. Von Haus aus war er so völlig ungenügend, daß sogar die Kommission des Reichstags bedeutende Änderungen daran vorzunehmen sich veranlaßt sah. Es sollten paritätische Kammern geschaffen werden. Die Arbeiter, besonders die Gewerkschaftsorganisationen aber hatten nach gründlicher Prüfung der Für und Wider statt paritätisch zusammengeführter Körperschaften eine reine Arbeitervertretung verlangt, wie ja auch Handel und Industrie in den Handelskammern, das Handwerk in den Handwerkskammern, die Landwirtschaft in den Landwirtschaftskammern ihre einseitige Interessenvertretung haben. In diesem Punkte hielt die Mehrheit der Kommission an den Vorschlägen des Entwurfs fest, und lehnte die umgestaltenden sozialdemokratischen Anträge ab. Sodann sollten die Eisenbahnwerkstättenarbeiter, die Handlungsgehilfen, die Werkmeister und die Techniker von den Kammern ausgeschlossen sein. Auf die entschiedene Befürwortung der Sozialdemokraten wurden wenigstens die Eisenbahnwerkstättenarbeiter in die Kammern einbezogen. Von der Wählbarkeit als Arbeitervertreter sollten ausgeschlossen sein die Arbeitersekretäre und Gewerkschaftsbeamten, also gerade die Männer, die durch das Vertrauen ihrer Kollegen mit deren Interessenvertretung beauftragt sind und die damit ihrer wirtschaftlichen Unabhängigkeit auch am reichlichsten den Arbeiterstandpunkt vertreten können. Auch dieser schwere Mangel wurde von der Kommission ausgegessen. Der Entwurf blieb aber beim Sessions-schluss 1909 unerledigt. In der letzten Session wurde er aufs neue eingebracht, aber unter Ablehnung der Verbesserungen, die von der Kommission beschlossen worden waren. Als dann die Kommission namentlich die Einbeziehung der Eisenbahnwerkstättenarbeiter und die Wählbarkeit der Arbeitersekretäre wiederholt beschloß und auch das Plenum des Reichstags diese Beschlüsse in der zweiten Lesung bestätigte, widersetzte sich die Regierung, die diese Verbesserungen für „unannehmbar“ erklärte, der dritten Lesung. So blieb der Gesetzentwurf, der im Februar 1890 angehängt worden war, beim Reichstags-schluss 1911 unerledigt und teilte das Schicksal so vieler sozialpolitischer Anträge der Sozialdemokratie. Von weittragender Bedeutung würde die Tätigkeit dieser Arbeitskammern nicht gewesen sein, denn ihre Befugnisse waren eng begrenzt; sie sollten im wesentlichen nur Erhebungen anstellen, Gutachten erstatten und Anträge stellen dürfen. Aber selbst das war den Scharfmachern schon zu viel, sie bekämpften die Arbeitskammern aufs schärfste. Und da der Wille der Scharfmacher der Regierung Befehl ist, verhinderte die Regierung das Zustandekommen des Gesetzes. Während also die wirtschaftlich kräftigeren Unternehmer in Industrie, Handel, Handwerk und Landwirtschaft, die schon kraft ihrer gesellschaftlichen Stellung und ihrer wirtschaftlichen Macht die Regierung auf Schritt und Tritt beeinflussen, ihre öffentlich-rechtlichen Interessenvertretungen seit Jahrzehnten besitzen, müssen die schwächeren und abhängigen Arbeiter heute noch darauf verzichten — trotz des vor 22 Jahren gegebenen kaiserlichen Versprechens.

Zustande gekommen ist im letzten Reichstag ein Stellenvermittlungsgesetz, das aber schwere Lücken aufweist. Die Sozialdemokratie hatte beantragt, das strikte Verbot der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung einzufügen und nur solche Arbeitsnachweise zuzulassen, die mientgellich die Arbeitsvermittlung für den Arbeiter betreiben und deren Verwaltung aus einer paritätischen Vertretung besteht, die gesondert von den Arbeitern und den Unternehmern zu wählen wäre. Der Antrag hätte zur Folge gehabt, daß die einseitigen Unternehmerartweise und damit die Maßregelungsbureaus der Scharfmacher aufgegeben werden mußten. Trotzdem sich die „christlichen“ Arbeitervertreter seinerzeit bei Gründung des Beherrennachweises für den Bergbau in Rheinland-Westfalen gegen dieses Unternehmen aussprachen, wiesen sie im Reichstag die Gelegenheit, den Scharfmachern die Verfolgung ihrer Pläne ummöglich zu machen, zurück. Mit der Annahme des sozialdemokratischen Antrags wäre der Arbeitsnachweis mit einem Schlage auf eine bessere und gerechtere Grundlage gestellt worden. Unter den wichtigsten Vorwänden aber wurden die Anträge bekämpft und von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt.

Vielleicht wird in der Wahlbewegung versucht werden, den gesetzlichen Beznstundentag für Arbeiterinnen, der seit 1. Januar 1910 in Kraft ist, als eine sozialpolitische Großtat auszugeben. Darauf wird jeder erfahrene Gewerkschaftler mit einem Lachen antworten. Denn der Beznstundentag ist mit Hilfe der Gewerkschaften in dem größten Teil der Fabrikbetriebe zu einer Zeit erobert worden, als die bürgerlichen Parteien die auf dieses Ziel steuernden Anträge der Arbeitervertreter noch als eine Gefahr für die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie“ aufs schärfste bekämpften. Die Arbeiterchutzgesetzgebung soll nach unserer Ansicht nicht wie der österreichische Landsturm hinter der Entwicklung herhumpeln, sondern sie soll die Bahn freimachen zu humanen, die Lebensinteressen der Arbeiterschaft fördernden Arbeitsverhältnissen. Das hätte der

Reichstag getan, wenn er dem sozialdemokratischen Antrag zugestimmt hätte, die Arbeitszeit gleich auf 9 Stunden und vom 1. Januar 1912 an auf 8 Stunden festzusetzen. Dieser Antrag fand aber wieder bei keiner bürgerlichen Partei Unterstützung. Nicht einmal die Ausdehnung des Beznstundentages auf alle Betriebe mit fünf und mehr beschäftigten Personen fand Annahme, erst bei Betrieben mit zehn und mehr Personen findet die Schutzbestimmung Anwendung, und auch hier sind noch zahlreiche Ausnahmen zugelassen. Die gesetzliche Begrenzung der Arbeitszeit auch für männliche Personen hat bisher in bürgerlichen Kreisen noch nicht die kleinste Anhängererschaft gefunden.

Im Rahmen eines Artikels kann natürlich kein erschöpfendes Bild gegeben werden von der sozialpolitischen Arbeit der Sozialdemokratie während der letzten fünf Jahre und von der Unzulänglichkeit des Erreichten. Es handelt sich hier nur um kurze Andeutungen, die uns zeigen, wie dürftig der Inhalt des Füllhorns war, der nach den Untüchtigungen bei Beginn des Reichstags sich über die Arbeiterschaft ergießen sollte. Von besonderem Interesse für die Metallarbeiter aber ist ein Antrag, der hier in Erinnerung gerufen werden soll. Die sozialdemokratische Fraktion beantragte:

Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag noch im Laufe der gegenwärtigen Legislaturperiode einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher Bestimmungen zum Schutze der in Walz-, Hütten-, Hammerwerken und Metallschleifereien beschäftigten Personen enthält und insbesondere vorgeschreibt:

1. die Festsetzung der Dauer der Arbeitszeit sowie die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit für die in den Feuerbetrieben beschäftigten Arbeiter;
2. Einschränkung der Überarbeit;
3. strenge Durchführung der zum Schutze der Arbeiter erlassenen Bestimmungen und Unfallverhütungsvorschriften;
4. sanitäre Einrichtungen der Arbeitsräume, Anwendung von Staubfugeanlagen in den Metallschleifereien, Einrichtung und gute Instandhaltung von Wasch- und Badeanstalten, Ankleide- und Speiseräumen und Bereitstellung von Erfrischungsmitteln.

Auch dieser Antrag, der nur für die allerschwerste Arbeit einen bescheidenen gesetzlichen Schutz schaffen wollte, fand keine Annahme. Es wurde beschlossen, „Erhebungen“ anzustellen. Das übliche Mittel, um den Schein zu erwecken, als solle etwas geschehen. Dieser Schein aber ist zu durchsichtig, als daß sich die Arbeiter wieder und wieder durch ihn trügen lassen könnten. Darum gilt es, nunmehr dafür zu sorgen, daß ein Reichstag gewählt wird, der keine Scheinsozialpolitik treibt.

### Wirtschaftliche Rundschau.

Vor noch kaum zwei Jahren gehörten die Klagen über den zu stark angepackten Schiffsraum in der Handelsflotte zu dem ständigen Thema der Handels- und Schiffsverkehrsblätter, es wurde sogar ernsthaft darüber diskutiert, wie durch einen Zusammenschluß der großen Schiffsverkehrsvereine die Schiffsverkehr zu einer Einschränkung ihrer Bautätigkeit veranlaßt werden könnten. Mit der Besserung der Geschäftslage in der Seeschifffahrt sind alle diese Projekte vergessen, man stößt im Gegenteil jetzt auf Mitteilungen, daß das Material der Frampreedereien und der Linienreedereien sich als derzeit unzureichend erweise, daß die Katen auf dem Frachtenmarkt seit überall eine starke Aufwärtsbewegung erfahren haben. Ein sekundärer Umstand für die starke Verschiebung im Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem Frachtenmarkt, die im Vergleich mit dem tiefsten Stande der Depression im Jahre 1908 eingetreten ist, heißt es in einem Bericht über die Schiffsverkehrsverhältnisse in der Handels-Zeitung des Berliner Tageblatts, ist die Verzögerung in der Abfertigung neuer Dampfer, verursacht durch die Streiks in England und Deutschland im Jahre 1910. Sie erklärt zum Beispiel auch die auffällige Tatsache, daß trotz der Besserung des Geschäftes und trotz der starken Neubestellungen von Schiffen, die mit dem Jahre 1909 begonnen haben, die Statistik über den Bestand der englischen Handelsflotte bis vor einigen Monaten nur eine geringe Zunahme aufwies. Diese geringe Zunahme, die sich auf eine längere Stagnation im Wachstum der Handelsflotte anließ, konnte naturgemäß beim rasch wachsenden Tonnagebedarf nicht genügen, und soweit das zu übersehen ist, ist auch heute noch festzustellen, daß die bisher von den Reedereien in allen Ländern erteilten Bauaufträge nur dem tatsächlich vorhandenen Bedarf an neuem Schiffsraum entsprechen; eine spekulative Bautätigkeit, wie sie vor einigen Jahren zum Zusammenbruch des Frachtenmarktes geführt hat, ist zurzeit nicht zu konstatieren. Wie stark aber der wirkliche Bedarf an neuen Schiffen ist, beweist wohl die Tatsache, daß nach einer kürzlich von privater Seite aufgestellten Statistik sich für Hamburger Reedereien nicht weniger als etwa 70 Schiffe im Bau befinden oder letzten abgeliessert wurden. Schließlich wird die Ermartung ausgesprochen, daß damit dem Bedarf neuer Räume und dem Erneuerungsbedarf ununterbrochenen Reedereien noch nicht genügt wird.

Von der Aktiengesellschaft F. Friedrichs & Co. in Osterholz-Scharmbeck wird berichtet, daß der Bestand an Aufträgen augenblicklich günstig ist. Vor einigen Tagen wurden der Friedrichs-Werft für Bremer Rechnung zwei große Frachtdampfer in Auftrag gegeben. Die beiden Dampfer werden für eine Tragfähigkeit von 9400 Tonnen gebaut und erhalten Maschinen von je 3300 Pferdestärken, die den Schiffen eine Geschwindigkeit von 12 Seemeilen in der Stunde verleihen. Ferner bestellte die Deutsche Petroleum-Aktiengesellschaft bei der Friedrichs-Werft ein Doppelschrauben-Tankschiff, das mit Kohlenmotoren als Antriebskraft ausgerüstet wird. — Von der Verwaltung der Aktiengesellschaft

G. Seebach, Schiffswerft, Maschinenfabrik und Trockenbode in Westmünde-Bremervorden, die, wie wir bereits verzeichneten, für 1910/11 ihren Bericht vom 281 382 M. ausweist, wird das ungünstige Ergebnis im Geschäftsbericht damit erklärt, daß das abgelaufene Geschäftsjahr als Baujahr zu betrachten sei und als solches wesentliche Kosten verursacht habe. Im Bau befinden sich seit Beginn des neuen Geschäftsjahres oder es sind in Auftrag gegeben elf Hochdampf-, ein Bereichungsdampf-, ein Frachtdampf-, sieben Strohfrachtdampf-, diverse Ueberhitzanlagen.

Dauernd sind Steigerungen der Eisennotierungen zu verzeichnen, und zwar nicht nur in Deutschland, sondern ebenso in Belgien und Frankreich. Auch die Berichte über die amerikanischen Eisen- und Stahlgeschäfte lauteten zuversichtlich. Dennoch fehlt die ruhige Sicherheit in der Beurteilung der Wirtschaftslage, immer wieder machen sich Zweifel geltend, ob die Produktionsleistungen mit der jetzt lebhaften Nachfrage auf längere Zeit hin ausreichen werden. Wenn die Metallarbeiterausperrung in Berlin auf die Kurse der Aktien der beteiligten Unternehmungen keinen oder nur einen geringen Einfluß ausübte, so hing das wohl gleichfalls mit der Meinung der Börse zusammen, die Unternehmer und die Arbeitererschaft würden sich in ihren Entschlüssen auch durch die Erkenntnis bestimmen lassen, daß während eines etwaigen längerer Kampfes bereits ein Konjunkturumschwung eintreten könnte.

Auf die Prosperität der Elektrizitätsindustrie weisen die Abschlüsse des Siemens-Schubert-Konzerns hin. Die Elektrizitäts-Aktiengesellschaft vormals Schudert & Co. nimmt eine Dividendensteigerung von 7 auf 7½ Prozent vor. Nach Mittelungen der Verwaltung beträgt der Bruttogewinn der Gesellschaft im Jahre 1910/11 7,248 Millionen Mark gegen 6,532 Millionen Mark im Vorjahre, der Reingewinn wird mit 5,874 Millionen gegen 5,208 Millionen Mark im Vorjahre ausgewiesen. Die Rheinische Schudert-Gesellschaft für elektrische Industrie wird ihre Dividende auch von 7 auf 7½ Prozent erhöhen — Erhebliche Aufträge hat das Bergmann-Elektrizitätsunternehmen erhalten, ihm wurde von dem bayerischen Verkehrsministerium der Auftrag zum Bau von elektrischen Bahnen übertragen, und zwar handelt es sich um zwei Strecken, Garmisch-Mittenwalde und Garmisch-Grüfen. Beide Strecken führen von Garmisch bis zu verschiedenen Punkten der Landesgrenze und schließen sich an österreichische Linien an, die dort österreichischen Firmen gleichfalls für elektrischen Betrieb gebaut werden sollen. Durch diese österreichischen Anschlußbahnen wird die Strecke Garmisch-Mittenwalde bis Innsbruck, die Strecke Garmisch-Grüfen bis Lermoos-Fernpost fortgeführt. Für die bayerischen Strecken ist der Bergmann-Aktiengesellschaft der gesamte Bau, also die Trassenführung und die Wagenausrüstung übertragen worden. Einen weiteren größeren Auftrag erhielt diese Firma durch die Konzession zum Bau einer elektrischen Betriebsbahn nach der Zugspitze. Der Bau wird von der Zugspitze-Bahn-Aktiengesellschaft ausgeführt werden, der angehört die Bergmann-Elektrizitätswerke in Berlin, die Firma Adolf Heigert & Co. in Leipzig-Gohlis, die Maschinenfabrik Augsburg-Münchberg, die Baumunternehmung Leonhard Woll und Ingentein Catgrein in München, der das Projekt entworfen hat. Das Aktienkapital soll 5 Millionen Mark betragen. Der Schudert-Konzern und die Lokalbahn-Gesellschaft München standen ebenfalls in Konkurrenz, doch wurde ihnen die Genehmigung nicht erteilt. — Zu verzeichnen ist die Gründung eines neuen Elektrizitätsunternehmens, das unter der Firma Elektrizitäts-Gesellschaft Colonia m. b. H. in Köln mit einem Kapital von 400 000 M. errichtet wurde. Diese Gesellschaft will besonders das bisherige Unternehmen der Ernst Heinrich Geiß-Elektrizitäts-Aktiengesellschaft in Köln übernehmen und fortführen. Bekanntlich hat die Geiß-Gesellschaft unter dem Druck einer übermächtigen Konkurrenz vor einigen Monaten die Liquidation beschlossen.

Profitorientiert war auch das Jahr 1910/11 wieder für die Gutehoffnungshütte, die sich bekanntlich im Besitz der Familie Schloß befindet. Die Gesellschaft weist einen Rohgewinn von 16,796 Millionen Mark aus, nach Abzug von Kosten und Abschreibungen von 5,504 Millionen Mark gegen 5,130 Millionen Mark im Vorjahre bleibt ein Reingewinn von 7,051 Millionen Mark gegen 7,090 Millionen Mark im Vorjahre. Auf das Kapital von 30 Millionen Mark gelangt wieder eine Dividende von 30 Prozent zur Verteilung, und zwar auf 24 Millionen Mark für das ganze und auf 6 Millionen Mark für das halbe Geschäftsjahr. Anger den offenen Abschreibungen nimmt die Gesellschaft erhaltungsgemäß noch sehr bedeutende eigene Reparaturen vor. In allen Abteilungen ist die Produktion nach dem Geschäftsbericht beträchtlich gestiegen. Die Interessengemeinschaft mit dem Stahlwerk Hoeder & Co. soll demnächst zu besserer völliger Angleichung führen. In Ronhofen bei Driedenhausen in der Nähe des Winetragens und der Wolf hat die Gesellschaft ein umfangreiches Gelände erworben, das für die

spätere Errichtung des Güttenwerkes als besonders geeignet bezeichnet wird. — Ununterbrochen setzt sich der Konzentrationsprozeß in der Montanindustrie fort. Jetzt wird den Generalversammlungen der Westfälischen Drahtwerke Langendreer und der Aplerbecker Hütte Brüggemann & Co., Aplerbecker, die Fusion der beiden Gesellschaften vorgeschlagen werden, und zwar derart, daß die Aplerbecker Hütte an die Aktiengesellschaft Westfälische Drahtwerke mit Wirkung vom 1. Juli 1911 übergeht. Für je eine Aktie der Aplerbecker Hütte à 1500 M. soll eine neue Aktie der Westfälischen Drahtwerke à 1000 M. gewährt werden. Die Westfälischen Drahtwerke Langendreer waren bisher ein „reiner“ Betrieb, sie mußten das für ihre Fabrikation notwendige Halbzeug vom Stahlwerksverband kaufen. Das Aktienkapital der Westfälischen Drahtwerke Langendreer beträgt 3,2 Millionen Mark und wird auf 5,2 Millionen Mark erhöht, um die Aplerbecker Hütte zu übernehmen. Dann erfolgt eine weitere Kapitalerhöhung auf 8,4 Millionen Mark, die neuen Mittel dienen dazu, ein Stahlwerk zu errichten, denn die Aplerbecker Hütte ist vornehmlich ein Hochofenwerk, das über eigene Eisenerze verfügt und sein Rohmaterial bisher nur zu einem kleinen Teil selbst weiterverarbeitete. Vor der Ausführung steht anstehend auch die schon lange projektierte Fusion zwischen dem Stahlwerk Hüh und den Wittener Stahlhüttenwerken. — Demontiert wurde von der Aktiengesellschaft Felten-Guillaume-Carlswerke zu Wilhelm die Nachricht, daß sie mit der Friedrich Krupp-Aktiengesellschaft wegen Abstoßung der Stahlrohrabteilung verhandelt. Die Carlswerke besitzen kein eigenes Stahlwerk, sie sind daher genötigt, die zur Stahlfabrikation notwendigen Stahlknüppel vom Stahlwerksverband zu beziehen. Kommt keine Fusion zwischen der Stahlrohrabteilung der Carlswerke mit einem Stahlwerk zustande, so wird die Gesellschaft wohl zur Errichtung eines eigenen Stahlwerkes schreiten, um sich in dem Bezug des Rohmaterials unabhängig zu machen. Nach weiteren Meldungen soll die Krupp-Gesellschaft beabsichtigen, in Hüh ein Stahlwerk zu errichten, falls die geschiedene Vereinigung mit den Carlswerken nicht zustande käme.

Eine Kapitalerhöhung nimmt die Aktiengesellschaft Schudert & Salzer Maschinenfabrik in Chemnitz vor, und zwar um 500 000 M. auf 4 Millionen Mark, um ihre Fabrikanlagen durch einen größeren Neubau zu erweitern. — Um 1,20 Millionen Mark auf 6 Millionen Mark will die Aktiengesellschaft H. F. Sedert in Berlin ihr Kapital vermindern. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden an das Fabrikgebäude anstoßende Terrains erworben und Erweiterungsbauten errichtet, die hierdurch und durch die Ausdehnung des Geschäftes erforderlichen Mittel sollen durch die Kapitalerhöhung beschafft werden. Für das Jahr 1910/11 kommt wieder eine Dividende von 10 Prozent zur Verteilung. — Bestreblich ist die Metallindustrie, auch die Metallindustrie Schönebeck, Aktiengesellschaft, ihr Aktienkapital von 1 Million Mark um 250 000 M. erhöhen wird. Seit 1906 hat die Gesellschaft keine Dividende mehr zur Verteilung gebracht. Bei dem Unternehmen kamen Unregelmäßigkeiten vor, es erfolgte später eine Sanierung. Der Grund für die Kapitalerhöhung soll darin zu erblicken sein, daß die Verwaltungstreife sich eine sichere Majorität verschaffen wollen, um das Angebot der Spezialwerke in Brandenburg a. H., die die Abfertigung haben, die Schönebeck-Gesellschaft zu erwerben, unter allen Umständen abzulehnen zu können.

Unstimmig hängt das Ausdehnungsverlangen einzelner Fahrradfabriken mit den Bestrebungen zusammen, die vor zwei Jahren gesprochene Fahrradkonvention in irgend einer Form zu erneuern. In den Preisämpfen, die der Auflösung der Konvention folgten, sind die Ergebnisse der Fahrradfabriken vielfach zurückgegangen, die Situation hat nach den vorliegenden Berichten eine Besserung erfahren. Die Corona-Fahrradwerke und Metallindustrie Aktiengesellschaft in Brandenburg, bringt eine Dividende von 8 Prozent gegen 6 Prozent im Vorjahre zur Verteilung. — Die Deutschen Triumph-Fahrradwerke, Aktiengesellschaft in Nürnberg, verteilen eine Dividende von 8 Prozent, der Ueberchuß ist indes von 155 000 M. auf 130 000 M. zurückgegangen. — Bestreblich wurde das Ergebnis durch die Schreibmaschinenabteilung, die noch erhebliche Zuhilfe erfordert; die Verwaltung glaubt aber, daß auch diese Abteilung dem Zeitpunkt der Rentabilität entgegengeht. — Von den Victoria-Werken in Nürnberg, die 6 Prozent Dividende verteilen, wurde in der Generalversammlung berichtet, daß der Bestand an Aufträgen höher ist als zur gleichen Zeit des Vorjahres, es würde im laufenden Geschäftsjahr ein günstiges Ergebnis erzielt. — Bei den Nürnberger Herkules-Werken beträgt die Dividende für 1910/11 wieder 8 Prozent, die im neuen Geschäftsjahre vorliegenden Aufträge reichen nach Mit-

teilungen der Verwaltung die Höhe der entsprechenden Zeit des Vorjahres. — Zu einer Ermäßigung der Dividende schreien die Panzerkassen-, Fahrrad- und Maschinenfabrik vormals Schlabitz in Dresden, auf die Vorzugsaktien kommt eine Dividende von 7 Prozent gegen 10 Prozent und auf die Stammaktien 2 Prozent gegen 5 Prozent im Vorjahre zur Verteilung. Das ungünstige Ergebnis wird in der Hauptsache mit dem schlechten Preisstand im Fahrradgeschäft begründet.

Um eine notwendig gewordene Erweiterung des Betriebes durchführen zu können, hat die Thüringische Nabel- und Stahlwarenfabrik Wolff, Knippenberg & Co. in Schtershausen die Errichtung einer Zweiganstalt in der Nachbargemeinde Arnstadt in Angriff genommen. Die Gesellschaft verteilt wieder eine Dividende von 12 Prozent. Die Verwaltung bemerkt, daß sie zurzeit mit reichlichen Aufträgen versehen sei. — Die gleiche Dividende wie im Vorjahre, 11 Prozent, gelangt auch bei den Vereinigten Metallwarenfabriken, A.-G., vormals Haller & Co. in Miona-Ottensen, Berlin und Torgelow, zur Ausschüttung. Ueber die Aussichten für das neue Geschäftsjahr teilt die Verwaltung im Geschäftsbericht mit, daß bisher eine Besserung im Ordnungszustand nicht zu verzeichnen ist, sie hofft jedoch, wieder einen zufriedenstellenden Abschluß vorlegen zu können. — Eine Besserung weist der Abschluß der Kottbusser Maschinenbauanstalt und Eisengießerei, A.-G., auf, der Bruttoüberschuß liegt bei 126 000 auf 149 000 M., nach Abschreibungen in Höhe von 76 743 M. (im Vorjahre 48 552 M.) und Extraabschreibungen auf Modelle und Werkzeuge in Höhe von 16 000 M. (im Vorjahre 8170 M.) wird wieder eine Dividende von 3 Prozent gezahlt werden. — Von der Aktiengesellschaft F. Pohl (Seilhäuser) in Köln-Zollstock, die eine Dividende von 8 gegen 7 Prozent verteilt, werden die Aussichten als außerordentlich günstig geschildert. Die Verwaltung teilt im Geschäftsbericht mit, daß am 1. Juli Aufträge in Höhe von 4,8 Millionen Mark vorgetragen und jetzt für weitere 2,9 Mill. Mark Bestellungen hinzugebucht wurden, so daß das Unternehmen Ende Oktober über Bestellungen von 7,7 Millionen Mark verfügte, gegen 4,03 Millionen Mark im Vorjahre. — Nach drei dividendenlosen Jahren stellt das Alexanderwerk A. von der Nachmer, A.-G. in Remscheid, für das laufende Geschäftsjahr eine Fortdauer der günstigen Geschäftslage die Ausschüttung einer angemessenen Dividende in Aussicht. Herbergerufen wurde die Dividendenlosigkeit des Unternehmens durch die Verluste bei der Wackwitz-Gesellschaft, während es selbst rentabel arbeitete.

### In der eigenen Falle.

(Schluß)

Dem Zentrum, das sich mit Haut und Haaren den Agrarern verschrieben hatte, kam diese Opposition aus den Reihen seines Arbeitsergebnisses sehr ungelogen. Soweit sich diese Opposition in den katholischen Arbeitervereinen vollzog, war ihrer leicht Herr zu werden, denn hier herrschte der Herr Pfarrer oder der Herr Kaplan, und die Mitglieder waren zum Verzicht auf die eigene Meinung erzogen. Anders dagegen in den christlichen Gewerkschaften, in denen damals etwas mehr elbändiger Geist herrschte als heute. Hier mußte schon etwas vorsichtiger verfahren werden. Und so stellte sich das Zentrum dem hinter die Führer, die im Ausschuss des Gesamtverbandes saßen und veranlaßte diese, die Opposition im eigenen Lager zu besänftigen. Zunächst wurde Herr W. i. e. h. r. kaltgestellt, in dem man den Führer der Opposition erblickte. Der Ausschuss faßte einen Beschluß, worin Herrn W. i. e. h. r. begreiflich gemacht wurde, daß ein Zusammenwirken mit ihm nicht mehr möglich sei und er daher die Konsequenzen aus seinem Verhalten zu ziehen habe. Ein weiterer Beschluß erklärte die Zollfrage für eine parteipolitische Frage, deren Behandlung innerhalb der christlichen Gewerkschaften wider die Neutralität verstoße und infolgedessen nicht zulässig sei. Die Unmöglichkeit dieses Beschlusses liegt auf der Hand, sie wird aber auch besonders noch dadurch erwiesen, daß der Ausschuss nicht eintritt, solange die Zollfrage in den christlichen Gewerkschaften im Sinne des Zentrums behandelt worden war. Die Neutralität kam erst in Gefahr, als dieser in seinem Verbandsorgan eine gegenseitige Stellung einnahm und gegen die geplante Zollhöhe protestierte. Für die Zollhöhe durfte man sich innerhalb der christlichen Gewerkschaften aussprechen; in diesem Falle war die Zollfrage keine „partei-politische Frage“. Als sich aber die Opposition erhob und die christlichen Metallarbeiter gegen die Zollhöhe auftraten, da war es eine „partei-politische Frage“ geworden, über die in den christlichen Gewerkschaften nicht verhandelt werden durfte. So wollte es das Zentrum, und so wollten es die von ihm beeinflussten Herren Wiesberts, Schiffer und Bruff!

### Technische Rundschau.

#### Neue Patente auf dem Gebiet der mechanischen Metallbearbeitung.

Eine Erfindung Werkzeughalter für Schneide-, Hobel- oder Drehspindel (240 534, Ritsch Erbd in Toronto) bezieht sich auf einen Stahlhalter für plattenförmige Stähle, der so gebaut ist, daß auch bei einer profilierten gekrümmten Schneidkante die einzelnen Stahlpunkte gleich weit von der profilierten Schneidkante entfernt sind. Der Werkzeughalter wird zu diesem Zweck mit einem, nebeneinander liegenden und einzeln für sich einstellbaren Messerplatten versehen, die ihrerseits wieder zwischen zwei Stahlböden eingeklemmt sind. Ein solcher Werkzeughalter bietet gegenüber dem bekannten von Voritz, daß man ganz dünne Stahlplatten für Stähle verwenden kann, während andererseits die Verwendung eines beliebig profilierten plattenförmigen Schneidwerkzeugs mit dessen nachher durch einen anderen, der anders profiliert sein kann, ermöglicht wird. Im wesentlichen besteht der neue Werkzeughalter aus zwei Böden, zwischen denen dünne Messerplatten ihrer Höhe nach eingestrichelt und dann festgeklemmt werden. Die Messerplatten sind durch einen Schloß ausgeföhrt, in dem der plattenförmige Schneidspindel eingestrichelt wird. Außerdem sind die Messerplatten mit einem abwärts reichenden Arm versehen, um nach der Schrägung nach der Seite des unterhalb des Stahlhalters eingespannten Schneidwerkzeugs entgegennehmend eingestrichelt werden zu können. Wichtiges ist es nicht unbedingt notwendig, daß der Schneidspindel sehr genau gleichweit von der Schneidkante entfernt ist. Vielmehr genügt es, wenn das auseinander gehende Die Schloßstelle ist jedoch, daß die Messerplatten, die des Seiten zu bespannen haben, im allgemeinen dem Profil des Stahles folgen.

Patentiert wurde ferner eine Vorrichtung, um zwei in einem Nabe frei beweglich, in gerader Linie gegen einander gedrückten Röhren (240 539, Deutscher Maschinenbau in Düsseldorf). Die Röhren können dieser Art werden, einschließlich durch federnde Schrauben angezogen. Die Erfindung soll es demgegenüber ermöglichen, den Nabe der Röhren von einer nachfolgenden Kraftausübung oder einer Zwischenkraft abgeben. In diesem Zweck dient eine der Röhren als Lager für die Nabe eines Kurbeltriebes, dessen Schrauben an dem anderen Werkzeughalter angebracht ist.

Das neue einer Schloßvorrichtung mit zwei je einem Werkzeugspindel tragenden, über einem gemeinsamen Keil angeordneten Gelenken (240 617, G. Klotz in Hamburg) besteht in Folgendem: Es

ist das eine dieser Stühle in der Längsrichtung verschieblich eingerichtet, so daß derselbe, deren Längenausdehnung die des Stahles übersteigt, ohne Ausparung in voller Länge gehoben werden können. Der Gegenstand einer anderen Erfindung bildet eine Vorrichtung an Schneidwerkzeugen und ähnlichen Werkzeugen zur Vorverbringung einer Zirkularbewegung zwischen Werkzeug und Werkstück (239 536, Erbd Lang in Detroit). Bekanntlich sind bei den bisher gebräuchlichen Schneidwerkzeugmaschinen die Schneidwerkzeuge zur Bearbeitung der Stirnfläche des Schneidwerkzeugs in Bezug auf das Werkstück unverrückbar gelagert, und es wird nur das Werkstück gegen die Arbeitsstelle vorbewegt. Die neue Vorrichtung besteht aus dem Zweck, auch dem Schneidwerkzeuge eine Zirkularbewegung zu dem Werkzeughalter zu geben. Letzterer wird mit dem Werkstück dem Schneidwerkzeuge gegenüber, und gerade über dem Ende der Schneide des Schneidwerkzeugs, wird das Schneidwerkzeug mit langsamer Bewegung als die Vorwärtsbewegung des Werkstückhalters zurückbewegt, so daß das Schneidwerkzeug, wenn das Ende der Schneide mit dem Werkstück in Berührung tritt, in der Rückwärtsbewegung ist. Auf diese Weise wird der Anschlag des Werkzeuges, der auf das Werkstück wirkt, bei gleichzeitiger Größe der Vorwärtsbewegung des Werkstückhalters vermindert, der bei der gegenwärtigen Verbindung auf einander ausgeübte Druck wird dadurch herabgesetzt. Dadurch wird aber einerseits eine ungewollte Beanspruchung des Werkzeugs, andererseits ein Verbiegen der Schneide bei der einseitigen Bearbeitung der Stirnfläche des Schneidwerkzeugs vermieden. Außerdem wird auch während der weiteren Bearbeitung des Werkzeugs das Werkzeug in weit geringerer Höhe beansprucht werden, als wenn das Schneidwerkzeug in jeder Stellung befände. Erreicht wird das Ziel des Erfinders dadurch, daß eine besondere Hebelvorrichtung. Es sind nämlich Werkzeug und Werkstück an zwei Punkten eines Hebels angebracht, die beweglich auf dem Drehpunkte emittiert sind. Auf diese Weise wird bei der Bewegung des Hebels das Werkzeug langsamer als das Werkstück bewegt.

Für Schneidwerkzeuge ist ein Winkelhebel zum Anheben des Nabe bei Vollhöhen (239 370, D. Schöner in Augsburg) erfinden worden. Der Zweck des Anheben des Nabe ist es, ein zuvoriges Werkzeug ohne weitere Vermittlung eines Winkelhebels, wobei das eine Ende des Hebels in eine Ausnehmung des Hammerkopfes eingreift, während das andere Ende von einer Vorrichtung des Hammerkopfes getragen wird. Als ein wesentliches kommt bei dieser Erfindung der Umstand in Betracht, daß die Eingriffseile des Winkelhebels durch Winkelhebel geführt werden, deren einander zugekehrte Arme durch

eine Schraubensfeder mit einander in Verbindung stehen. Durch diese Federn werden die auftretenden Materialbeanspruchungen gemildert, womit eine geringere Abnutzung der Eingriffseile erreicht wird. Auch eine andere Erfindung bezieht sich auf Fallhämmer. Sie wurde patentiert unter dem Titel: Vorrichtung zur selbsttätigen Erneuerung des Vakuums über dem War von Drucklufthämmer zwecks Hochhaltung derselben (239 975, W. Berg in Wiesbaden). Soll bei dem mit Luft- und Bälzrollen arbeitenden Luftschlämmern der Hammerbar in seiner höchsten Stellung noch erhalten werden, so muß ein Saugkolben die Luft über dem Hammerbar abaugen; er darf diese Luft jedoch nicht wieder in den Hammerbar zurückführen, sondern sie muß anderweit abgeleitet werden. Sinkt der Hammerbar, eben wegen Undichtigkeit oder durch Luftzufuhr irgend welcher Art, so muß der Saugkolben die über dem Hammerbar zugeführte Luft wieder abaugen, um den War in seiner höchsten Stellung zu erhalten. Es wird dies nach der Erfindung durch eine eigenartige Steuerung erreicht, die wesentlich auf folgende Weise eingerichtet ist. Es ist ein Hülfskolben vorgesehen, der durch eine Verbindung mit dem Hauptkolben unter dessen Druck steht. Dieser Kolben überdeckt bei abnehmendem Vakuum eine Öffnung in der Seitenwand des Zylinders, in dem er sich bewegt. Dadurch wird die Verbindung mit der Außenluft abgebrochen, und es muß daraufhin ein erneutes Ansaugen des Hauptkolbens solange stattfinden, bis der mit zunehmendem Vakuum sinkende Kolben die Öffnung wieder freigibt. Beim Laden von Vollkörpern mittels zweier Dorne, von denen der eine als Triebhorn das zu löschende Werkstück unter Mitnahme der Matrize über den feststehenden Dorn treibt, und bei welchem Verfahren nach fast vollendeter Lochung durch Weiterbewegung der Matrize das Werkstück über den feststehenden Dorn getrieben wird, wobei der vorher als Triebhorn dienende Dorn zurückbleibt, ist es möglich, den zwischen den Dornspitzen verbleibenden Spalt dadurch auf ein ziemlich geringes Maß zu beschränken, daß die Dorne sehr nahe einander kommen. Um diesen Spalt noch zu erhöhen, soll bei einer neuen Vorrichtung zum Laden von Vollkörpern (239 258, Ganiel & Quag in Düsseldorf) der eine der beiden Dorne fester gemacht werden als der andere. Auf diese Weise kann beim Weiterbewegen des Werkstückes über den feststehenden Dorn das Material zwischen den beiden Dornspitzen in den dann entstehenden Zwischenraum zwischen dem Dorn und dem durch die Lochung des Dornes entstehenden Spalt zurückdrängen des letzteren hineinziehen. Dadurch wird ein Verlust an Material fast ganz vermieden. Ein weiterer Vorteil des Verfahrens besteht darin, daß durch die mit dem festeren Dorn bewirkte größere Spülung das Ueberbleiben

Die Masse der christlichen Arbeiter war nun nicht von solcher Anpassungsfähigkeit wie die genannten Führer. In Köln und anderswo wurden Versammlungen über die Zollfrage und das Verhalten des Ausschusses dazu abgehalten, in denen es zu erregten Auseinandersetzungen kam. In der Kölner Versammlung, wo sich Herr Schiffer vergeblich Mühe gab, das Verhalten des Ausschusses zu rechtfertigen, mußte er von einem christlichen Gewerkschaftsmann folgendes hören: „Was alle Gewerkschaften gleichmäßig trifft, die Lebensmittelzollerhöhung, soll keine Gewerkschaftsfrage sein? Gibt es etwas, was tiefer in das Dasein der Arbeiter einfrisst als die Zollfrage? Ich kann es nicht verstehen, daß unsere Gewerkschaftsführer, die aus der Mitte der Arbeiter hervorgegangen sind und das Glied in den Arbeiterfamilien kennen, für den erhöhten Zoll eintreten, wo sie doch Arbeitervertreter sein wollen. Was kann es uns nützen, wenn unser Lohn zehn Prozent, die Lebensmittelpreise aber zwanzig Prozent steigen. Ich bin Zentrumsmann, aber ich muß sagen: von der Zentrumspartei wird ein großer Druck auf die Gewerkschaften ausgeübt, damit sie dem Zentrum dienen sollen.“

Die Kölner Versammlung verlief ergebnislos; andere, von den oppositionellen christlichen Metallarbeitern einberufene Versammlungen wurden vom Zentrum durch Lokalfabrikation und Sprengkolonnen zunichte gemacht. Wieder, der noch einige Zeit opponierte, kehrte bald reumütig zu den Brüdern im Ausschuss zurück, und seit der Zeit war es aus mit der Zollopposition im Lager der katholischen Arbeiter. Das Zentrum hatte gesiegt, dank der Handlangerdienste, die ihm die Herren Giesberts, Schiffer, Bruß und Genossen bei der Mundtotmachung der Zollgegner im christlichen Gewerkschaftslager geleistet hatten. Wenn damals die christlichen Führer auf dem Posten gewesen wären, hätte manches anders kommen können. Im Zentrum herrschen die Agrarier, gewiß, aber das Zentrum legt auch Wert auf die Erhaltung seiner städtischen Mandate, die vorwiegend von der katholischen Arbeiterschaft abhängig ist. Jedenfalls hätten die Agrarier ihre zollmühseligen Ansprüche nicht so weit treiben können, wie es im Zolltarif geschah, wenn damals das Zentrum durch eine entschlossene, einmütige und nachhaltige Opposition seines Arbeitergefolges zur Mäßigung angehalten worden wäre.

Später, als sich dann die Folgen des Zolltarifs und der agrarischen Absteuernpolitik den christlichen Arbeitern am eigenen Leibe bemerkbar machten, als von Zeit zu Zeit außergewöhnliche Steuerungen eintreten, deren Hilfe sich die Zoll- und Sperrgrenzen entgegenstellten, da kamen die christlichen Arbeiter selber von ihrer „Neutralität“ in Zollfragen ab und sie forderten Hilfe aus der Not durch Herabsetzung der Zölle und sonstige der Erleichterung der Lebensmittelfuhr dienende Maßnahmen. Und ihre Führer mußten zugeben, daß ihre damalige Behauptung, die Lohnherabsetzung der Arbeiter ertrage die Zollerhöhung, sich als Humbug erwiesen habe. „Die erhöhten Löhne“ — schrieb Anfang 1907 das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften nach einem Rückblick auf die günstige Geschäftslage des Vorjahres — „wurden jedoch zum großen Teil durch eine Verteuerung der Wohnungsmieten und der Lebensmittel wieder wettgemacht. Ganz besonders hatten die Fleischpreise zum Teil eine enorme Höhe.“ Und im Jahre 1908 schrieb der Bergknappe (Nr. 16), daß die ständigen Klagen aus den einzelnen Bergbauabteilungen über unzureichende Löhne voll auf berechtigt seien. Was nützte es schließlich, wenn auf der einen Seite die Löhne etwas erhöht werden, auf der anderen Seite aber hohe Lebensmittelpreise die Lebenshaltung verteuern.“

Im November 1906 richtete der Gewerbeverein christlicher Bergleute in Gemeinschaft mit den übrigen Bergarbeiterorganisationen an den Reichstagsrat und den Reichstag eine Petition, worin gebeten wurde, „daß schleunigst Mittel und Wege beschritten werden, um eine Herabsetzung der Lebensmittel, ganz besonders aber der Fleischpreise, herbeizuführen“. Nicht nur das Märchen von der „Neutralität“ war damit als solches preisgegeben, sondern auch das Verhalten der christlichen Arbeiterführer bei dem Kampf um den Zolltarif als verfehlt gekennzeichnet. Und jetzt im Jahre 1911 wiederholt sich das Schauspiel. Die christlichen Führer haben sich in einer Konferenz mit der Frage beschäftigt und eine Reihe von Forderungen zur Vinderung der Steuerungen aufgestellt. Der Gewerbeverein christlicher Bergleute hat diese Forderungen einer Petition an Reichstag und Reichstagsrat zugrunde gelegt und damit wiederum bewiesen, wie töricht, wie verkehrtergeradezu die christlichen Führer an den Arbeitern gehandelt haben, als sie 1902 nicht nur dem Zustandekommen des Zollwuchertarifs zuschauten, sondern sogar dem Zentrum dabei hilfreiche Hand leisteten.

Das Zentrum ist natürlich eifrig bemüht, die Steuerungen abzustreifen, oder, wo sie sich doch nicht ganz leugnen läßt, die Verantwortung dafür auf andere abzuwälzen. Und zur selben Zeit, wo

christliche Arbeiter Regierung und Parlament angehen, Maßnahmen zur Vinderung der schlimmsten Not zu treffen, hört man Zentrumsmagistranten und liegt man in Zentrumsblättern, daß der „Steuerungsrumpf“ eine agitatorische Masche der Sozialdemokratie sei. Und was das Allerhöchste: von M. Gladbach geht mitunter ein Flugblatt ins Land, das die Kühnheit hat, den Einfluß der Zölle und sonstigen agrarischen Maßnahmen auf die Preisgestaltung der Lebensmittel stracks zu leugnen und die Steuerungen den Sozialdemokraten in die Schuhe zu schieben. Und während in der Petition der christlichen Bergarbeiter die Einfuhr von Gefrierfleisch gefordert wird, macht sich das M. Gladbacher Flugblatt lustig über die Sozialdemokratie, die die Arbeiter auf „minderwertiges Fleisch“, das heißt auf ausländisches Gefrierfleisch hinarbeitet!

Was die Christlichen in der doch für jeden auch nur halbwegs vernünftigen Menschen so einfachen Zollfrage seit zehn Jahren treiben, ist ein fortwährendes Schiffsberohrfeigen. Sie werfen sich den Agrariern an den Hals und jammern über die stetig steigenden Lebensmittelpreise; sie proklamieren „Neutralität“ in der Zollfrage und bombardieren Reichstag und Kanzler mit Petitionen um Vinderung der Zollgebühren; sie laufen dem Zentrum nach und lassen sich vom Zentrum verhöhnen, daß es einen Hund erbarmen könnte. Warum? Weil die christliche Gewerkschaftsbewegung von vorn bis hinten eine einzige große Lüge ist, weil sie auftritt im Gewande einer unabhängigen Arbeiterorganisation, während sie in Wirklichkeit nichts ist als die politische Schutztruppe der völkischen und arbeitserfeindlichen Partei, nämlich des Zentrums!

## Industrie und Proletariat in Rußland.

Von W. Maisky. (Nachdruck verboten.)

### 3. Die Arbeiterbewegung vor der Revolution.

Die ersten Anfänge der modernen Arbeiterbewegung in Rußland sind in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts zu suchen. Schon im Mai 1870 brach in einer Petersburger Textilfabrik ein Streik von 800 Arbeitern aus; der von der Regierung mit rücksichtslosster Gewalt unterdrückt wurde. Dem ersten Streik folgten viele andere. 1872 streikten die Arbeiter der großen Krongoltschen Textilfabrik zu Nizhny, 1874 die Arbeiter einer Tuchfabrik in Moskau, 1875 die Metallarbeiter im Zlatenostroggouvernement, 1876 die Spinner in Orjehowo-Suowo (in der Nähe von Moskau), 1878 wieder die Textilarbeiter in Petersburg u. s. w. Diese immer mehr um sich greifende Streikbewegung erreichte ihren Höhepunkt in den gewaltigen elementaren „Arbeiterunruhen“ von 1880 in der Gubudowschen Manufaktur zu Jaroslaw (Smolenskgouvernement) und 1885 in der großen Textilfabrik von Morosoff zu Orjehowo-Suowo. In dieselbe Zeit fällt auch die Entstehung der ersten Organisationen der russischen Arbeiterchaft: des russischen Arbeitervereins, der 1875 gegründet wurde, und des nordrussischen Arbeitervereins, der unter Führung des talentvollen, später gefängten Tischlers Chalturin von 1879 an in Petersburg eine rege Tätigkeit entfaltete. Die beiden Vereine übten eine geheime Organisationsfunktion und trugen einen scharf politischen Charakter und nahmen an der damaligen Streikbewegung fast keinen Teil. Ihr Bestehen aber war von sehr kurzer Dauer: die Regierungsverfolgungen — Verhaftungen, Ausweisungen u. s. w. — verfehlten ihre Wirkung nicht und führten zur völligen Vernichtung der beiden ersten Arbeitervereinigungen zu Ende der 70er und anfangs der 80er Jahre.

Die Folge des Erwachens des Proletariats war, wie schon erwähnt, der Erlaß der ersten sozialpolitischen Gesetze: Einführung der Fabrikinspektion, Verbot des Truchsystems, Reglementierung der Straßen u. s. w. Die Regierung suchte dadurch die aufgeregten Gemüter etwas zu beruhigen, erreichte aber gerade das Gegenteil. Die Unternehmer, die ihr eigenes Interesse sehr wohl verstanden, kümmerten sich um die sozialpolitischen Experimente der „Staatsmänner“ gar nicht und ließen die veröfentlichten Gesetze ohne jede Berücksichtigung. So entstand in der zweiten Hälfte der 80er Jahre eine Reihe heftiger Konflikte und „Arbeiterunruhen“, die den Zweck hatten, die widerwärtigen Fabrikanten zur Beachtung der gesetzgeberischen Maßnahmen zu zwingen.

Die große Hungersnot von 1891/92 und die darauffolgende Krise haben die Streikbewegung eine Zeitlang zum Stillstand gebracht, aber Mitte der 90er Jahre entbrannten die Arbeitskämpfe wieder mit neuer Kraft. Die Prosperitätsperiode, die die zweite Hälfte der 90er Jahre zeitigte, übte ihren natürlichen Einfluß auf das Proletariat aus und die Streiks und Arbeitsunruhen brachen unaufhörlich bald hier, bald dort aus. Von den Konflikten dieser Zeit ist von besonderer Bedeutung der große Kampf der Petersburger Textilarbeiter von 1896/97. Dieser Kampf entbrannte im Juni 1896, umfaßte 30 000 Arbeiter und dauerte etwa zwei Wochen. Da aber die Verprechungen auf Arbeitszeitverkürzung, die bei der Beilegung des Streiks gegeben wurden, bis 1. Januar 1897 nicht in Erfüllung gegangen waren, wiederholte sich der Kampf im Januar dieses Jahres, wobei die Regierung sehr scharf gegen die Streikenden vorging. Nichtsdestoweniger sah sie sich gezwungen, den Forderungen der Arbeiter einigermaßen Rechnung zu tragen, indem sie am 2. Juni 1897 das schon einmal erwähnte Gesetz über den 11 1/2 stündigen Maximalarbeitsstag erließ.

Der Petersburger Kampf, der eine große Einmütigkeit, Disziplin und Opferwilligkeit der Arbeiter der Reichshauptstadt an den Tag legte, machte einen gewaltigen Eindruck auf das gesamte russische Proletariat. Und von nun an begann in Rußland eine lebhaftere ökonomische Streikbewegung, die immer mächtigere Dimensionen annahm und bisweilen zu blutigen Zusammenstößen mit dem Militär führte. In demselben Jahre (1897) streikten mit großem Erfolg 30 000 Weber in Swanowo-Mosowenski (Moskauer Gebiet), im Jahre 1898 brach ein gewaltiger Kampf in der Textilfabrik von Morosoff zu Jaroslaw aus, und in den nächsten zwei Jahren entbrannten wieder große Kämpfe, vor allem in der Textil- und in der Metallindustrie zu Petersburg, Nikolsk-Morogorod, Zlatenostrog, Krasnojarsk, Riga, Libau und vielen anderen Städten.

Die Sachkonjunktur der zweiten Hälfte der 90er Jahre endete mit einer schweren Krise von 1899/1901, und diese Lauffache hatte für die weitere Entwicklung der Arbeiterbewegung sehr große und weittragende Folgen. Bis dahin trug diese Bewegung einen rein ökonomischen Charakter, die streikenden Arbeiter kämpften nur gegen die Unternehmer, sie stellten ausschließlich ökonomische Forderungen auf und bezweckten durch ihre Ausstände lediglich die Verbesserung ihrer materiellen Lage. Und da die russische Industrie gerade während dieser Periode einen großen Aufschwung genommen hatte, brachte die gewaltige Lauffache der Arbeiterchaft eine Reihe nicht unbedeutender Erfolge. Aber mit dem Einsetzen der Krise änderte sich natürlich die ganze Situation. Der ökonomische Kampf wurde immer mehr ausbleichend, es trat eine massenhafte Arbeitslosigkeit ein, die Regierungsverfolgungen nahmen dabei einen immer wilderen und rücksichtsloseren Charakter an. Unter Wirkung aller dieser Umstände vollzog sich allmählich in den Arbeiterkreisen ein bedeutungsvoller Umsturz:

Die beiden Vereine standen im Allgemeinen auf dem Boden des sogenannten Volkssozialismus, einer spezifisch russischen Gattung des utopischen Sozialismus, erkannten jedoch die Notwendigkeit der politischen Freiheit und des politischen Kampfes an.

in dem Bewußtsein der aufklärtesten Schichten des Proletariats dämmerte jetzt der Gedanke auf, daß der Klassenkampf nicht nur ein ökonomischer, sondern auch ein politischer sein müsse. Der bitterste Gegner der Arbeiterchaft sei nicht allein das profitgierliche Unternehmertum, sondern in nicht geringerem Maße auch die absolutistische Regierung, die mit Gewalttätigkeit und Dajonnetten das System der kapitalistischen Ausbeutung verteidigte. Diese Auffassung bildete einen offenen Bruch mit der alten „ökonomischen“ Taktik, sie zielte zugleich eine neue Periode in der Geschichte der russischen Arbeiterbewegung.

Die Entstehung der Sozialdemokratie in Rußland datiert vom Anfang der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts. Schon 1884 wurde unter dem Namen „Die Gruppe der Befreiung der Arbeit“ die erste russische sozialdemokratische Organisation (im Ausland) gegründet, an deren Spitze der noch heute lebende Genosse G. Plechanoff stand. Diese Organisation trug aber hauptsächlich einen literarischen Charakter. Sie führte einen energischen Kampf gegen die zu jener Zeit in den Kreisen der russischen Intelligenz allzuherrschenden Ideen des utopischen Volkssozialismus und verteidigte mit Mut und Entschiedenheit den Standpunkt der modernen Sozialdemokratie, gab eine Reihe Broschüren und Bücher heraus und verbreitete sie auf geheimem Wege in Rußland. Diese Tätigkeit von G. Plechanoff und Genossen hatte wahrlich eine nicht zu unterschätzende historische Bedeutung: es ist ihnen zweifellos zu danken, daß in den Auffassungen der sozialistischen Kreise eine sichtbare Klärung zutage trat und daß die sozialdemokratische Lehre in Rußland fester Fuß faßte.

Das praktische Auftreten der Sozialdemokratie begann eigentlich erst Anfang des letzten Dezenniums des 19. Jahrhunderts. Zuerst bildeten die sozialdemokratischen Intellektuellen kleine geheime Zirkel unter den Arbeitern in Petersburg, Moskau und einigen großen Provinzialstädten und trieben darin eine eifrige Propaganda im Sinne der marxistischen Lehre. Allmählich aber gingen sie zur allgemeinen Agitation durch geheime Versammlungen und Flugblätter über, und um sich den unaufgeklärten breiten Massen etwas verständlicher zu machen, beschränkten sie sich in dieser Agitation auf Besprechung rein ökonomischer alltäglicher Verhältnisse der Arbeiterchaft. Diese Taktik hatte zweifellos einen gesunden Kern, aber der Bogen wurde von den damaligen Sozialdemokraten nach dieser Richtung hin zu stark überbpannt, so daß die äußerst notwendige politische Aufklärung des Proletariats eine Zeitlang vollständig vernachlässigt wurde.

In der zweiten Hälfte der 90er Jahre entstanden in Petersburg, Moskau, Kiew, Zlatenostrog, Charkow, Nizhny, Odesa und einigen anderen Städten die geheimen sozialdemokratischen Organisationen, die fast durchweg den Namen „Verein zum Kampf um die Befreiung der Arbeiterchaft“ trugen und in erster Linie die ökonomische Agitation trieben. 1897 wurden auch „Der allgemeine russische Arbeiterbund“ und der ausländische „Verein der russischen Sozialdemokraten“ gegründet. Alle diese Organisationen nahmen einen regen Anteil an der lebhaften Streikbewegung Ende der 90er Jahre und leiteten die größten Kämpfe (darunter auch den Kampf der Petersburger Textilarbeiter 1896/97) des Proletariats. 1898 fand der erste Tag der sozialdemokratischen Gruppen und Vereine (vertreten waren 8 Organisationen) statt, auf dem die „Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands“ gegründet wurde. Das auf diesem Tag gewählte Zentralkomitee und die Redaktion des Zentralorgans wurden freilich bald darauf verhaftet, die Weiterentwicklung der Partei ging jedoch unaufhörlich vorwärts. 1903 fand der zweite Parteitag der russischen Sozialdemokratie statt, der schon von 36 Organisationen besucht wurde. Dieser Parteitag nahm das Organisationsstatut und das noch bis heute geltende marxistische Parteiprogramm an und beschloß eine Reihe wichtiger Resolutionen taktischer Natur. Die gemäß den Beschlüssen des zweiten Parteitages umgebaute Partei hatte von nun an im wesentlichen folgende Gestalt: In jeder Stadt, in jedem Industriezentrum, wurden in den Fabriken und Werkstätten geheime Gruppen und Zirkel von sozialdemokratischen Arbeitern geschaffen. Die Stadt war gewöhnlich in mehrere Bezirke eingeteilt, und die Vertrauensmänner der Gruppen und Zirkel bildeten für sich ein besonderes Bezirkskomitee. Die Bezirkskomitees waren durch ein vier- bis achtköpfiges Stadtkomitee miteinander verbunden, das die ganze Tätigkeit der „lokalen“ sozialdemokratischen Organisation bestimmte. Die Zentralkleitung der Partei lag in den Händen des Zentralkomitees, das seinen Sitz in Rußland hatte, und des Zentralorgans „Iskra“ (Funke), das im Ausland (in Genf) erschien und nach Rußland eingeschmuggelt werden mußte. Die enge Führung zwischen Zentralkleitung und lokalen Organisationen der Partei wurde aufrechterhalten durch gestrichelte Briefe und besonders herumreichende Vertrauensleute des Zentralkomitees. Die Tätigkeit der damaligen sozialdemokratischen Organisationen bestand hauptsächlich in sozialistischer Propaganda und politischer Agitation, Herstellung und Verbreitung der „illegalen“ sozialistischen Flugblätter, Bücher und Broschüren, Geldsammelungen für die Partei, Leitung der wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiterchaft (eine gewerkschaftliche Organisation existierte zu jener Zeit nicht) und endlich in der Veranstellung politischer Massenstreiks und Straßendemonstrationen.

Die Regierungsbehörden verfolgten die sozialdemokratischen Organisationen heftig. Die nächtlichen Hausdurchsuchungen, Massenverhaftungen, Ausweisungen u. s. w. waren an der Tagesordnung und unvermeidliche Begleiterscheinungen der sozialdemokratischen Tätigkeit. Ein Jahr aufreibender Arbeit war die durchschnittliche Dauer der Parteitätigkeit eines Mitgliedes. Dann wurde der Betreffende gewöhnlich festgenommen und nach zehn- bis zwölfmonatiger Untersuchungshaft auf administrativem Wege für die Dauer von 3 bis 5 und mehr Jahren nach Sibirien verbannt. Welche Dimensionen die Verfolgungswut der Regierung erreichte, geht deutlich genug aus der Lauffache hervor, daß nur innerhalb der Jahre 1901 bis 1904 etwa 1200 Personen verhaftet und etwa 1800 in Verbannung geschickt worden waren. Trotzdem hörte die Parteitätigkeit nicht auf, die entlassenen Lidern wurden sofort von neuen Leuten ausgefüllt, so daß die Organisationsarbeit keine Unterbrechung erlitt.

Dies war also der komplizierteste, vollständigste, durch und durch geheime politische Organisationsapparat, der in den Jahren 1903/04 unter dem Namen „Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands“ bekannt war.\*

Nun kommen wir aber zur Schilderung der Ereignisse der Arbeiterbewegung seit der Krise von 1899 zurück. Mit dem Beginn der „politischen“ Periode in der Entwicklung dieser Bewegung wurde die alte ökonomische Richtung in der sozialdemokratischen Partei und in den breiteren Massen der Arbeiterchaft allmählich zurückgedrängt und bald gewonnen die „Politik“ und die Methoden des politischen

\* Anfangs der 1900er Jahre wurde in Rußland noch eine sozialistische Partei gegründet: die der Sozialrevolutionäre. Im Gegensatz zur Sozialdemokratie, die stets als Klassenpartei des Proletariats auftrat, verteidigten die Sozialrevolutionäre den Standpunkt, daß Proletariat, Kleinbauern und revolutionäre Intelligenz zusammengehören und in einer sozialistischen Partei vereinigt werden müssen. Außerdem erkannten die Sozialrevolutionäre als ein geeignetes Kampfmittel gegen die Regierung den Terrorismus an. Dagegen bekämpfte die Sozialdemokratie aus rücksichtloser Zweckmäßigkeit der Anwendung dieser Waffe. Es standen nämlich zwischen beiden Parteien nicht unbedeutende Unterschiede auch auf dem Gebiete der Theorie und Geschichtsauffassung, die 1902/04 den Umlauf zu scharfer Polemik gaben. In der Arbeiterbewegung konnten die Sozialrevolutionäre niemals einen festeren Fuß fassen.









